

https://www.t-online.de/region/stuttgart/id_100281310/auf1-aus-oesterreich-rechter-sender-mit-afd-verbindungen-kassiert-verbot.html

15.11.2023

Stuttgarter Arzt hatte AUF1 die Lizenz verschafft

Rechter TV-Sender kassiert Satelliten-Verbot

Seit September konnten TV-Zuschauer den rechten Sender AUF1 über Satellit empfangen. Dem schob nun die Medienaufsicht einen Riegel vor.

Vor zwei Monaten hatte AUF1-Chefredakteur Stefan Magnet noch gefeiert. Nachdem sein Sender Anfang September erstmals per Astra-Satellit ausgestrahlt worden war, prahlte er vollmundig, dies sei ein "Großangriff aufs Medienkartell". Endlich würden rechtsextreme Narrative wie das vom "Great Reset" ins echte Fernsehen zu 120 Millionen Haushalten in ganz Europa gelangen.

Am Dienstag beendete die Kommission für Zulassung und Aufsicht (ZAK) der Landesmedienanstalten den Traum des ultrarechten Provokateurs. Sie verbot die weitere Ausstrahlung und stellte in einer Mitteilung unmissverständlich fest: "Den Beschluss hat die Veranstalterin sofort zu vollziehen."

AUF1 sendete auf dem Ticket eines Stuttgarter Arztes

Grund für das Verbot sind jedoch nicht die Inhalte von AUF1, auch wenn das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg t-online bereits vor Wochen mitgeteilt hatte, man wisse sehr genau, dass "AUF1 als 'alternatives Medium' von Personen rezipiert wird, die dem Phänomenbereich 'Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates' zugeordnet werden".

Aber für das Satelliten-Verbot war eine Bewertung der Inhalte gar nicht nötig. Der Hebel war viel einfacher: Denn der österreichische Sender, der sich ausgeschriebenen Alternatives Unabhängiges Fernsehen, Kanal 1 nennt, hatte sich nur durch einen Winkelzug Zugang zu einer Satelliten-Lizenz

verschafft: Gesendet wurde auf einem Ticket des Stuttgarter Arztes Wilfried Geissler.

"Querdenker" stellte AUF1 Lizenz unzulässigerweise zur Verfügung

Der Mann aus dem "Querdenker"-Umfeld hatte schon 2021 bei der Landesanstalt für Kommunikation Baden-Württemberg eine Rundfunklizenz für einen Sender namens "schwarz rot gold tv" (SRGT) beantragt. [Nach Informationen von t-online zahlte er eine Gebühr von 5.000 Euro und bekam dafür den gewünschten Zugang zum Free-TV.](#)

Genutzt hat er die Lizenz dann allerdings mehr als zwei Jahre lang nicht – bis im September plötzlich das AUF1-Programm auf einer Frequenz flimmerte, die eigentlich für SRGT gedacht war.

Nun stellte die Medienaufsicht fest, dass dieses Vorgehen nicht erlaubt ist. Der Verkauf von Sendezeit sei unzulässig, weil SRGT keine redaktionelle Kontrolle über die von AUF1 verbreiteten Inhalte habe. Denn der Medienstaatsvertrag verlangt in Paragraf 8, Absatz 7: "Die redaktionelle Verantwortung und Unabhängigkeit hinsichtlich Inhalt und Platzierung im Sendeplan müssen unbeeinträchtigt bleiben."

<https://www.bild.de/politik/2023/politik/putin-experte-seipel-bekam-hunderttausende-euro-aus-russland-86097508.bild.html> 14.11.2023

Geheimzahlung für deutschen Journalisten Hubert Seipel

Putin-Experte bekam Hunderttausende Euro aus Russland!

Es ist ein unfassbarer Medien-Skandal: Der deutsche Journalist und Putin-Experte Hubert Seipel (73) soll mehrere Hunderttausend Euro an Geheimzahlungen aus Russland kassiert haben.

[ZDF](#) und [SPIEGEL](#) exklusiv berichten, soll Seipel mit einem „Sponsorenvertrag“ von März 2018 insgesamt 600 000 Euro erhalten haben. Die Summe sei für ein Buch des Journalisten veranschlagt gewesen. Darin gehe es um „die politische Landschaft in der Russischen Föderation“.

Der Sponsor sei eine Briefkastenfirma. Dahinter stehe der russische Oligarch Alexej Mordaschow, so das ZDF. Mordaschow ist enger [Putin](#)-Vertrauter und steht seit Februar 2022 auf den Sanktionslisten der USA und der Europäischen Union.

Das gesponserte Buch erschien 2021 unter dem Titel: „Putins Macht. Warum Europa Russland braucht“. Der Verlag „Hoffmann und Campe“, in dem das Buch erschien, bestreitet gegenüber dem ZDF, etwas von der Zahlung gewusst zu haben.

Und das scheint nicht die einzige Kreml-Zahlung an Seipel gewesen zu sein: Das ZDF berichtet weiter, dass der Journalist schon 2013 einen ähnlichen Vertrag unterschrieben habe – damals ging es wohl um sein erstes Buch über Kreml-Despot Wladimir Putin mit dem Titel „Putin. Innenansichten der Macht“, das ebenfalls bei „Hoffmann und Campe“ erschien.

<https://test.rtde.xyz/russland/187002-praesidentschaftswahl-in-russland-2024-putin/> 14.11.2023

Präsidentenschaftswahl in Russland 2024: Putin hat sich noch nicht entschieden

Russlands Präsident Wladimir Putin hat noch nicht entschieden, ob er nach Ablauf seines derzeitigen Mandats im Jahr 2024 nochmals kandidieren wird. Dies [verkündete](#) der Kremlsprecher, Dmitri Peskow, am Montag vor Journalisten.

Der Beamte kommentierte damit einen Bericht der russischen Wirtschaftszeitung Kommersant, wonach Präsident Putin im März 2024 kandidieren könnte. Bislang hat noch niemand eine Kandidatur angekündigt. Peskow sagte in diesem Zusammenhang lediglich:

"Diesbezüglich wurde noch keine Entscheidung getroffen."

Peskow fügte hinzu, es klar sei, dass dieses Thema zunehmend die Aufmerksamkeit von Politikwissenschaftlern und Spezialisten auf sich ziehe.

Auf die Frage, ob er sich zur Wahl stellen werde, hatte der russische Staatschef bei dem Östlichen Wirtschaftsforum im September geantwortet, er werde sich entscheiden, sobald der Termin für die nächsten Wahlen feststehe.

Nach russischem Recht sollte die Präsidentschaftswahl Mitte März stattfinden, aber der Föderationsrat, das Oberhaus des russischen Parlaments, wird das genaue Datum der Wahl voraussichtlich erst im Dezember bekannt geben.

Putin wurde bereits viermal zum Präsidenten gewählt und hatte das Amt zwischen 2000 und 2008 sowie seit 2012 inne. Aufgrund der Änderungen der russischen Verfassung, die nach einem Referendum im Jahr 2020 eingeführt worden waren, kann er für zwei weitere Amtszeiten kandidieren – in den Jahren 2024 und 2030.

Anfang Oktober schlug das Oberhaupt der russischen Republik Tschetschenien, Ramsan Kadyrow, vor, die Präsidentschaftswahlen im nächsten Jahr wegen des anhaltenden Konflikts mit der Ukraine ausfallen zu lassen. Das tschetschenische Oberhaupt lobte Putins Tätigkeit und bezeichnete ihn als die einzige Person, "die unser Land heute verteidigen kann."

Der Kreml erklärte jedoch, dass die Wahlen nach dem geltenden Recht abgehalten würden. Peskow bezeichnete Putin als den führenden Politiker des Landes und fügte hinzu, dass es anderen Kandidaten schwerfallen dürfte, mit ihm zu konkurrieren.

<https://tkp.at/2023/11/15/immer-mehr-unproduktive-arbeit-macht-uns-immer-aermer/> 15.11.2023

Immer mehr unproduktive Arbeit macht uns immer ärmer

von [Prof. Dr. Christian Kreiß](#)

Am 13.11. entschied das Finanzgericht Hamburg, dass die in den Cum-Ex-Skandal verwickelte Privatbank M.M. Warburg nicht 155 Millionen Euro Steuerrückforderungen bekommen wird.¹ Im Cum-Ex-Steuerskandal wurde der deutsche Staat um etwa 36 Milliarden Euro betrogen.² Er ist damit wohl der mit Abstand größte Steuerbetrug der deutschen Geschichte.

Bei diesem Betrug war eine Fülle von Rechtsexperten, Steueranwälten, Rechtsanwältinnen und hochbezahlten Finanzspezialisten beteiligt. Im Folgenden soll der Frage nachgegangen werden, welche gesellschaftlichen Auswirkungen die Zunahme dieser und ähnlicher Berufsgruppen hat.³.....

<https://journalistenwatch.com/2023/11/11/pflegeheim-wird-gezwungen-frei-werdenden-wohnraum-an-fluechtlinge-statt-senioren-weiterzugeben/>

11.11.2023

Pflegeheim wird gezwungen, frei werdenden Wohnraum an „Flüchtlinge“ statt Senioren weiterzugeben

Es wird immer perverser: Im baden-württembergische Baden-Baden wird ein Pflegeheim gezwungen, frei werdenden Wohnraum an „Flüchtlinge“ statt Senioren weiterzugeben. Nicht nur, dass es lange Wartelisten an Pflegebedürftigen gibt, hatten dort lebende Senioren Räumungsaufforderungen erhalten. Nach einem dieser „Shitstorms“ rudert die Stadtverwaltung nun zurück.

Um die Massen an kulturfremden, mehrheitlich muslimischen jungen Männer – von den Mainstreammedien nach wie vor stoisch als „Flüchtlinge“ bezeichnet – unterzubringen und rund-um auf Steuerzahlerkosten zu versorgen, sucht auch die baden-württembergische Stadt Baden-Baden nach Unterkünften.

Eine mögliche Unterkunft: ein Seniorenheim in Baden-Baden, die laut dem parteilosen Bürgermeister der Stadt, Roland Kaiser „interessant für

Flüchtlinge " sein könnte. Einige Wohnungen sind für die "Hereingeflüchteten" auch schon angemietet. Und das sehr zur Unbill der Heimleitung, die mit einer langen Warteliste konfrontiert ist.

Als nun auch noch – um die Kostgänger aus der ganzen Welt dort unterzubringen – einige Senioren Räumungsaufforderungen erhalten haben und zum Auszug aufgefordert wurden, damit die Räumlichkeiten durch die Wohnungseigentümergeinschaft (WEG) an die Stadt zur Unterbringung ihrer Flüchtlinge genutzt werden können, stand nicht nur ein Rechtsstreit ins Haus.

Vierkircher Altenheim wird jetzt Asylunterkunft ([Münchner Merkur](#))

Für Flüchtlinge ziehen Senioren in ein anderes Stockwerk ([Bild](#))

Seniorenheim in Berlin-Wedding zugunsten der Unterbringung von Flüchtlingen ([DBT](#))

Senioren müssen raus: Wohnungskündigungen im baden-württembergischen Lörrach ([DBT](#))

Drama um Berliner Seniorenheim – beim Rauswurf weinten die alten Menschen ([Focus](#))

usw. usw. usw.

<https://www.deutschlandfunk.de/buschmann-fdp-will-laut-medienbericht-mindeststrafmass-fuer-kinderpornographie-wegen-ueberlastung-de-100.html> 10.11.2023

Buschmann will Mindeststrafmaß für Kinderpornographie bei kleineren Vergehen wieder absenken

Bundesjustizminister Buschmann (FDP) hat die Ressortabstimmung über einen Gesetzentwurf zu Kinderpornografie eingeleitet, mit dem das Mindeststrafmaß in bestimmten Fällen wieder abgesenkt werden soll.

Der Entwurf liegt den Zeitungen der „Funke Mediengruppe“ und mehreren Nachrichtenagenturen vor. Darin heißt es, den Strafverfolgungsbehörden

werde die Möglichkeit wiedereröffnet, in jedem Einzelfall angemessen zu reagieren. Die geltenden Höchststrafen bleiben demnach unverändert.

Weiter heißt es, Buschmann reagiere mit dem Entwurf auf Erfahrungen mit den 2021 deutlich verschärften strafrechtlichen Bestimmungen für die Verbreitung und den Besitz von kinderpornografischen Material. Diese führten dazu, dass etwa auch als Straftat gewertet werden muss, wenn beispielsweise Eltern oder Lehrkräfte in guter Absicht Beweismaterial aus Internet-Chats sichern wollten und dieses dafür auf ihrem Rechner speicherten.

„Die Rückmeldungen aus der Praxis haben gezeigt, dass dies bei Verfahren, die einen Tatverdacht am unteren Rand der Strafwürdigkeit zum Gegenstand haben, dazu führt, dass eine tat- und schuldangemessene Reaktion nicht mehr in jedem Einzelfall gewährleistet ist“, heißt es nun.

Diese Nachricht wurde am 10.11.2023 im Programm Deutschlandfunk gesendet.

<https://uncutnews.ch/50-in-5-dpi-blitzkampagne-50-laender-in-5-jahren-zu-digitaler-id-und-zahlungsverkehr-umruesten/> 14.11.2023

50-in-5-DPI-Blitzkampagne: 50 Länder in 5 Jahren zu digitaler ID und Zahlungsverkehr umrüsten!

Start der 50-in-5-DPI-Kampagne zur Beschleunigung der digitalen ID, des Zahlungsverkehrs und des Datenaustauschs zwischen 50 Ländern innerhalb der nächsten 5 Jahren

Die 50-in-5-Kampagne für digitale öffentliche Infrastrukturen (DPI) zielt darauf ab, innerhalb der nächsten fünf Jahre in 50 Ländern die Einführung

digitaler Ausweise, digitaler Zahlungssysteme und den Datenaustausch zu beschleunigen.

In Partnerschaft mit den Vereinten Nationen, der Bill and Melinda Gates Foundation, Co-Develop und anderen bringt die 50-in-5-Kampagne sowohl Industrie- als auch Entwicklungsländer zusammen, um zusammenzuarbeiten und Wissen über bewährte Verfahren für die Einführung digitaler öffentlicher Infrastrukturen auszutauschen.

Die DPI besteht aus drei Hauptkomponenten:

Digitale ID

Digitale Zahlungssysteme

Datenaustausch zwischen öffentlichen und privaten Stellen

Garikai Nhongo, Senior Communications Manager bei Co-Develop, sagte zum Auftakt der heutigen Veranstaltung: „Wir gehen davon aus, dass in fünf Jahren 50 Länder mindestens eine Komponente ihres DPI-Stacks auf sichere, integrative und interoperable Weise entwickelt, eingeführt und skaliert haben werden. ...

Bislang haben sich 11 „First Mover“-Länder an der 50-in-5-Kampagne beteiligt, und zwar

Guatemala

Norwegen

Estland

Moldawien

Senegal

Sierra Leone

Togo

Äthiopien

Sri Lanka

Bangladesch

Singapur

Die digitale öffentliche Infrastruktur verspricht finanzielle Eingliederung, Bequemlichkeit, verbesserte Gesundheitsversorgung und grünen Fortschritt.

Laut einer 50-in-5-Videopräsentation aus Bangladesch bietet DPI „einen besseren Zugang zu wichtigen Dienstleistungen wie Gesundheit und Bankwesen“ und „optimale Zeit- und Kosteneinsparungen für die Bürger“.

.....